

📅 Freitag, 09.11.2018 - 00:00 ⌕ 2 min

Kreistag Groß-Gerau prüft härtere Haltung zu Ultranet

Ein Antrag der Freien Wähler auf Ablehnung der neuartigen Stromtrasse findet im Regionalausschuss vorsichtige Zustimmung. Die anderen Fraktionen sehen aber noch Beratungsbedarf.



Von **Daniel Baczyk**
Redaktion Südhessen

KREIS GROSS-GERAU - Der Kreistag will seine bisherige grundsätzlich bejahende Haltung zur Führung der sogenannten Ultranet-Gleichstromtrasse auf den Masten einer bestehenden Hochspannungsleitung durch den Kreis Groß-Gerau überdenken. Über einen Antrag der Freien Wähler, die Trasse wegen möglicher Gefahren für Anwohner abzulehnen, stimmte der Regionalausschuss bei seiner Sitzung am Mittwochabend nicht ab, weil andere Fraktionen noch Informationsbedarf sahen. Der Antrag soll nun in den Gremien des Kreisparlaments weiter beraten werden.

Das Thema Ultranet sei in Hessen „verschlafen“ worden, erklärte der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, Helmut Kinkel: „Hier haben wir auch als Kreis versagt.“

Kinkel verwies darauf, dass die Stromtrasse nahe an den Städten, Gemeinden und Stadtteilen Bischofsheim, Rüsselsheim, Auf Esch, Dornheim, Wallerstädten und Wolfskehlen vorbeiführe. Speziell in Wallerstädten sei die Nähe zu Wohnbebauung und einem Spielplatz schon heute „nicht tragbar“. Zusätzliche Belastungen der Bürger durch elektromagnetische Strahlung, möglicherweise auch durch Geräusche, könne nicht hingenommen werden.

Die Freien Wähler lehnten alternative Energien und die nötigen Leitungen keineswegs ab, betonte Kinkel. In Ortsnähe solle die Trasse aber verschwenkt oder unterirdisch verlegt werden. Er bezog sich auf den neuen Landesentwicklungsplan, wo für neue Leitungen ein Mindestabstand von 400 Meter zu Wohnbebauung vorgeschrieben wird.

„Wir verstehen die Intention des Antrags“, sagte Marco Müller (Grüne). Vor einer Zustimmung oder Ablehnung gebe es aber noch Beratungsbedarf. Müller verwies darauf, dass der Kreis zum Trassenverlauf im März und September zwei Stellungnahmen abgegeben habe, die viele Bedenken aufgenommen hätten. So werde auch darin eine Erdverkabelung im Umfelde von Siedlungen verlangt. Darauf basierend sei eine gemeinsame politische Stellungnahme des Kreistags durchaus denkbar. Genau dies hatte Kinkel als wünschenswert genannt und deswegen nicht auf sofortige Abstimmung über den Antrag bestanden.

Auch Heinrich Adler (CDU) und Nils Kraft (SPD) verwiesen auf die „sehr qualifizierten“ (Kraft) Stellungnahmen des Kreises. Sie signalisierten zugleich eine mögliche Zustimmung zu einem gemeinsamen Antrag, der die Ultranet-Trasse an strengere Bedingungen knüpft.

Kraft äußerte jedoch auch Bedenken: Die Abstandsregelung zu Stromleitungen sei zusätzlich zum Fluglärm „ein weiterer Aspekt, der uns bei der Ausweisung von Flächen für Wohnungsbau massiv einschränken wird“.

Zwar habe man alle Bedenken der Freien Wähler schon in den Kreis-Stellungnahmen angesprochen, sagte auch der Erste Kreisbeigeordnete Walter Astheimer (Grüne). Dennoch nannte er den Antrag „vollkommen in Ordnung. Ich verstehe ihn als politische Unterstützung, um die Bedenken der Öffentlichkeit zu transportieren.“

Zu Monatsbeginn hatten Rüsselsheimer Bürger beim „Runden Tisch der Siedlungen“ große Sorgen wegen möglicher Gefahren durch die Ultrahochspannungsstromtrasse geäußert und erklärt, sie fühlten sich von der Stadt Rüsselsheim nicht richtig vertreten. „Die ungeklärte Situation verursacht Ängste, auch um die Gesundheit unserer Kinder“, sagte eine Anwohnerin.

Kommentare